



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten  
des Landtags  
Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz



**DER MINISTER**

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

*24.* Januar 2018

Mein Aktenzeichen 18 111:34  
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Anne Vogelsberger  
Anne.Vogelsberger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-3803  
06131 16-173803

**Sitzung des Innenausschusses am 11.01.2018**  
**TOP 9: Struktur der Kriminalpolizei in Rheinland-Pfalz**  
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT  
- Vorlage 17/2391 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

*Heiko Henrich*

in der Sitzung des Innenausschusses am 11.01.2018 wurde zu TOP 9 eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Basierend auf den Ergebnissen einer landesweiten Arbeitsgruppe, die sich u. a. aus Vertreterinnen und Vertretern des Innenministeriums, der kriminalpolizeilichen Praxis und des Hauptpersonalrates der Polizei zusammensetzte, wurde die kriminalpolizeiliche Aufbauorganisation zuletzt zum 1. Oktober 2012 geändert. Eckpunkte der Veränderungen waren u.a. die Auflösung der Kriminalinspektion Speyer, die Schaffung neuer Organisationsbereiche (z. B. IuK-Forensik und Operative Täterorientierung), aber auch die Zusammenführung von Fachkommissariaten, insbesondere bei den regionalen Kriminalinspektionen.





Schon bei der damaligen Entscheidung hat das Innenministerium Wert darauf gelegt, dass diese Organisationsveränderungen nach einem angemessenen Zeitraum überprüft werden. Beginnend im August 2015 wurde dieser Auftrag durch eine weitere landesweite Arbeitsgruppe umgesetzt, an der auch Vertreter des Hauptpersonalrates der Polizei und der Berufsvertretungen beteiligt waren. Die Arbeitsgruppe führte u.a. verschiedene Informationserhebungen durch und bewertete die Kriminalitätsentwicklungen. Wichtig war es der AG zudem, sowohl Führungskräfte als auch die von den Organisationsveränderungen unmittelbar betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einzubeziehen. Hierzu fanden landesweit Workshops und Experteninterviews statt. Die Arbeitsgruppe bewertete die Organisationsänderungen von 2012 und unterbreitete Vorschläge für eine Fortschreibung der aktuellen Organisation. Diese Empfehlungen wurden anschließend durch die Polizeiabteilung des Ministeriums des Inneren und für Sport gemeinsam mit den Leitern der Polizeibehörden erörtert und von diesen im Grundsatz bestätigt.

Nach diesen vorbereitenden Evaluationsschritten hat die Polizeiabteilung des Innenministeriums ein Umsetzungskonzept erarbeitet, das die nachfolgenden Anpassungen in der Aufbauorganisation der Kriminalpolizei zum Gegenstand hat:

Die bei den Kriminaldirektionen seit August 2015 temporär eingerichteten Arbeitsgruppen „Bandenkriminalität“ haben sich als wichtiges Instrument, insbesondere zur Bekämpfung der organisierten Eigentumskriminalität, bewährt. Die rückläufigen Fallzahlen im Bereich des Wohnungseinbruchdiebstahls und der jüngste Ermittlungserfolg im Zusammenhang mit dem Diebstahl von Endoskopiegeräten belegen eindrucksvoll die Wirksamkeit dieser Arbeitsgruppen. Da die Polizei sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig mit Nachdruck der Bekämpfung derartiger Delikte widmen will, sollen die Arbeitsgruppen Bandenkriminalität ab dem 01.04.2018 als eigenständige Fachkommissariate in die allgemeine Aufbauorganisation überführt werden.

Damit wird die Polizei über Organisationseinheiten verfügen, die sich ausschließlich der Bekämpfung von Bandenkriminalität widmen. Diese Entscheidung ist der Kriminalitätsentwicklung im Bereich der Eigentums- und Vermögensdelikte geschuldet und daher unabhängig von der Überprüfung der Organisationsänderung 2012 zu betrachten.





Im Zuge der Organisationsänderung 2012 erfolgte eine Zusammenführung der bis dahin getrennten Aufgabenbereiche „Kriminaltechnik“ und „Datenverarbeitung“ im Kommissariat 17 (Kriminaltechnik/Polizeiliche Datenverarbeitung) der Kriminaldirektionen. Seit der Zusammenführung haben sich neue fachlicher Anforderungen ergeben, unter anderem im Zusammenhang mit der Einführung von digitalen Kriminalakten. Als ein weiteres Ergebnis der Evaluierung sollen daher die bisherigen Aufgaben des K 17 zukünftig wieder gesondert in Fachkommissariaten für „Kriminaltechnik“ (K 17) und „Polizeiliche Datenverarbeitung“ (K 18) wahrgenommen werden. Die Umsetzung dieser Entscheidung soll ebenfalls im April 2018 erfolgen.

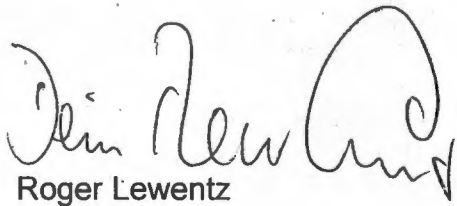
In einer zweiten Umsetzungsstufe soll im April 2019 die Trennung von Fachkommissariaten bei den regionalen Kriminalinspektionen vorgenommen werden. 2012 wurden die bis dahin getrennten Kommissariate „Vermisste/Todesermittlungen“ und „Gewalt gegen Frauen und Kinder“ bei den Kriminalinspektionen in der Fläche zusammengelegt. Die Arbeitsgruppe, die die Evaluierung der Organisationsänderung durchgeführt hat, sprach sich für eine Trennung der Kommissariate 1 und 2 bei den regionalen Kriminalinspektionen aus. Diesem Vorschlag ist das Innenministerium gefolgt.

Zudem sind 2012 bei den Kriminalinspektionen in der Fläche die Fachkommissariate für „Kriminaltechnik“ und „Polizeiliche Datenverarbeitung“ im Kommissariat 6 zusammengeführt und daneben mit zusätzlichen Aufgaben im Bereich der operativen Täterorientierung betraut worden. Gerade die täterorientierten Maßnahmen haben zwischenzeitlich zunehmend an Bedeutung gewonnen, weshalb die damit einhergehenden Aufgaben zukünftig in einem eigenen Fachkommissariat „Gemeinsame operative Täterorientierung“ (Kommissariat 6) wahrgenommen werden sollen. Die Aufgabenfelder „Kriminaltechnik“ und „Polizeiliche Datenverarbeitung“ werden bei den Kriminalinspektionen in der Fläche zukünftig im Fachkommissariat 7 (Kriminaltechnik/Polizeiliche Datenverarbeitung) abgebildet.



Mit diesen maßvollen Veränderungen kann den geänderten Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung noch zielgerichteter begegnet werden. Da die dargestellten organisatorischen Maßnahmen auch zusätzliche Funktionsstellen bewirken, leisten die getroffenen Entscheidungen zudem einen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der Kriminalpolizei.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Lewentz